

# ausguck 4.13

DAS MAGAZIN DER CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION IM LAND BREMEN

JETZT FAN WERDEN! // FACEBOOK:  
»CDU-FRAKTION LAND BREMEN«



**CDU** BÜRGERSCHAFTSFRAKTION  
LAND BREMEN



## AUF DEM LINKEN AUGE BLIND

DIE GEWALTBEREITE LINKE SZENE TOBT SICH IN BREMEN AUS. DIE CDU VERLANGT EIN KONSEQUENTES VORGEHEN, WIE GEGEN RECHTE GEWALTTÄTER. DOCH ROT-GRÜN IST AUFFALLEND SCHWEIGSAM.





AUS DEM PARLAMENT



Thomas Röwekamp will die Arbeitsplätze und die medizinisch erstklassige Versorgung an den kommunalen Kliniken erhalten.



## INHALT 4.13

- 2 **AUS DEM PARLAMENT**  
CDU: kommunale Kliniken unter einem Dach zusammenführen  
**DER ROT-GRÜNE FEHLER**  
Im Regen: Sozialarbeiter und Schulen
- 3-4 **TITEL-THEMA**  
Das große Schweigen zu linker Gewalt
- 5 **DAS INTERVIEW**  
Wilhelm Hinners über die rot-grüne Verharmlosung linker Gewalt
- 6 **AUS DER FRAKTION**  
Kriminelle Clans als Sicherheitsproblem / Vernissage »Miniverse« / neu in der Fraktion: Oguzhan Yazici
- 7 **MOMENT MAL**  
Dr. Thomas vom Bruch über den gesellschaftlichen Platz der Bundeswehr
- 8 **AUS BREMERHAVEN**  
ICE-Züge sollen in Bremerhaven halten / Thorsten Raschen über die Straßenprostitution in Bremerhaven

## AUSGUCK PER E-MAIL

Möchten Sie den »ausguck« schneller erhalten und gleichzeitig Papier sparen?

Dann senden wir Ihnen das Magazin der CDU-Bürgerschaftsfraktion künftig gerne per E-Mail zu. Wir benötigen dafür lediglich Ihre E-Mail-Adresse und eine Einverständniserklärung. Senden Sie uns dafür bitte eine Email an [info@cdu-bremen.de](mailto:info@cdu-bremen.de). Die nächste Ausgabe erhalten Sie dann schon bequem im pdf-Format – etwa eine Woche früher als die Empfänger der Printausgabe. ✖

## CDU: KOMMUNALE KLINIKEN UNTER EINEM DACH ZUSAMMENFÜHREN

**BISHERIGE STRUKTUR DER KRANKENHÄUSER IN MITTE, OST, NORD UND LINKS DER WESER IST GESCHEITERT.**

In die Diskussion um die Rettung der vier kommunalen Kliniken kommt Bewegung: Der Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp hat seine langjährige Forderung nach einer Bündelung der Häuser unter einem Dach bekräftigt. In der Bremischen Bürgerschaft forderte er mehr Durchgriffsrechte für die Geschäftsführung der Gesundheit Nord und gleiche Wettbewerbschancen für die vier Häuser.

Die kommunalen Kliniken arbeiten unter dem Dach der Gesundheit Nord

(GeNo). Jedoch arbeiten sie weitgehend nebeneinander her und berauben sich im harten Wettbewerb ihrer Kraft. Die Folge: Drei von vier Häusern schreiben tief rote Zahlen. Die CDU will die Arbeitsplätze und die erstklassige medizinische Versorgung erhalten. »Ein ganzheitliches Konzept kann man nicht dezentral entwickeln. Alle dezentralen Versuche sind bislang gescheitert. Wir brauchen ein Durchgriffsrecht der GeNo-Geschäftsführung, ansonsten ist das Projekt zum Scheitern verurteilt«, sagte Thomas Röwekamp.

Inzwischen schwenkt auch die SPD auf die CDU-Linie ein. SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe sagte: »Wir haben vier Häuser, die nicht gleichberechtigt nebeneinander arbeiten.« Die Grünen, allen voran Finanzsenatorin Karoline Linnert, blockieren jedoch die Gründung einer Einheitsgesellschaft. Überzeugende Argumente für die Ablehnung blieben sie bisher schuldig. Mit ihrem Nein gefährden sie den Erhalt von rund 7.000 Arbeitsplätzen. ✖



## DER ROT / GRÜNE FEHLER

## ROT-GRÜN LÄSST SOZIALARBEITER UND SCHULEN IM REGEN STEHEN

Sozialarbeiter leisten an Bremens Schulen unverzichtbare Dienste im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen. Doch Rot-Grün will 16 von 40 Fachkräften entlassen. Die Stellen der übrigen 30 Sozialarbeiter werden nur vorübergehend durch eine Zwischenfinanzierung erhalten.

Den Einsatz von Sozialarbeitern hat der Bund mit einer Anschubfinanzierung ermöglicht. Die Stellen wurden im

Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. Bremerhaven hat rechtzeitig Vorsorge getroffen und will die Stellen im Haushalt absichern. Nicht so die Stadtgemeinde Bremen. Rot-Grün weigert sich hartnäckig, alle Sozialarbeiter auch in Zukunft zu beschäftigen. Offizielle Begründung: Geldmangel. Doch dies ist nur vorgeschoben. Denn für den autofreien Sonntag gab die Koalition 100.000 Euro aus – davon hätte man zwei bis drei Sozialarbeiter ein Jahr lang beschäftigen können. Bei dem erfolglosen Projekt »Joboffensive« wurden sogar 882.000 Euro nutzlos ausgegeben. 41 zusätzliche Mitarbeiter sollten in diesem Jahr 1167 Arbeitslose in Beschäftigung bringen. Doch dies hat nicht ein einziges Mal geklappt. ✖

## DAS THEMA

### DAS GROSSE SCHWEIGEN ZU LINKER GEWALT

ANGRIFFE AUF POLIZISTEN UND PARTEIEN: AUTONOME UND LINKSRADIKALE TOBEN SICH IN BREMEN AUS. ROT-GRÜN LÄSST SIE GEWÄHREN. DIE CDU FORDERT, LINKE UND RECHTE GEWALT ENDLICH NACH GLEICHEN MASSSTÄBEN ZU BEKÄMPFEN.

Linke Gewalttäter machen in Bremen nicht einmal mehr Halt vor Kindern. So geschehen am 24. August auf der Waldbühne im Bürgerpark. Vermummte stürmten eine Veranstaltung der Partei AfD, schubsten den Redner herunter und sprühten Reizgas. Rettungskräfte behandelten 15 Verletzte. Unter ihnen waren laut Polizeibericht zwei sieben und elf Jahre alte Kinder, sowie ein Polizist.

Der Überfall im Bürgerpark dauerte nur Sekunden. Doch das reichte den Tätern, um ein bundesweites Medienecho auszulösen. Sie schafften es bis in die Tagesschau. Das nächste Mal werden sie im Jahresbericht des Landesverfassungsschutzes wieder erwähnt werden. Dieser Bericht erscheint einmal im Jahr und sagt einiges über Gefährdungen, Entwicklungen politisch motivierter Gewalt und Extremismus in Bremen aus. Denn der Überfall reiht sich nahtlos in eine Menge politisch motivierter Straftaten aus dem linken und autonomen Spektrum ein.

Die Verfassungsschützer zählen bundesweit rund 6.400 Personen zur gewaltbereiten linken Szene, davon sind dem aktuellen Bericht zufolge etwa 200 in Bremen aktiv. Sie verübten im Jahr 2012 mehr als fünfmal so viele Gewaltdelikte wie rechte Extremisten. Ein Aufschrei der Regierungskoalition? Fehlangeige.

Der Überfall auf die Veranstaltung der AfD war nur ein vorläufiger Höhe-



Demo gegen Rechts: Der schwarze Block mit den gewaltbereiten Demonstranten ist dabei. Vertreter aller in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien beteiligten sich an der Demo gegen Rechts. Wenn es um linke Gewalt geht, sind SPD, Die Linke und Grüne allerdings bemerkenswert still.

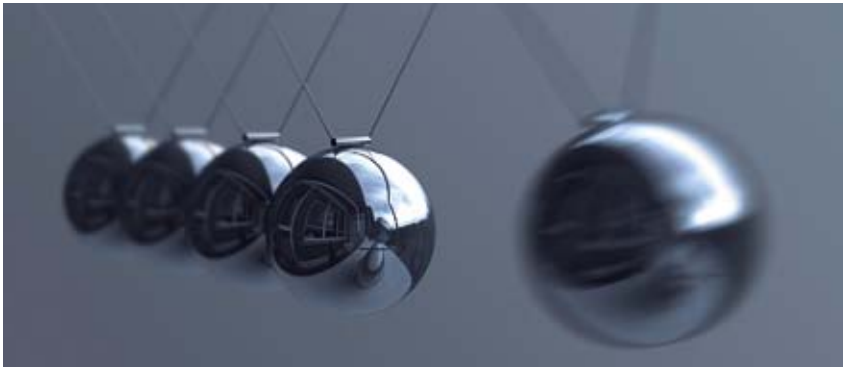
punkt linker Gewalt. Rückblick: Im Oktober 2012 sorgten Krawalle in der Neustadt für Schlagzeilen. Damals besetzten mehr als 100 Autonome ein leerstehendes Speditonsgebäude. Sie errichteten Barrikaden und griffen die Polizisten massiv mit Steinen und Feuerwerkskörpern an. Im Dezember 2012 dann der nächste Zwischenfall. Proteste linker Aktivisten führten an der Bremer Uni zum Abbruch einer Veranstaltung mit dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein (CSU). Sie brüllten den Gastredner nieder. Beckstein musste unter Polizeischutz in Sicherheit gebracht werden.

Auch die FDP-Zentrale und das CDU-Haus am Wall waren schon mehrfach das Ziel von Angriffen aus der linken und autonomen Szene. Wiederholt flogen Farbbeutel gegen die Fassade. Am 13. Januar 2012 beispielsweise versammelten sich Autonome anlässlich einer Veranstaltung der Jungen Union zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan vor der CDU-Zentrale. Weil

sie nicht hinein durften, sprengten sie ein Loch in die Tür. Es gab einen Verletzten.

Die gewaltbereiten Aktivisten von Links und Rechts fühlen sich an der Weser offenkundig besonders wohl. Darüber darf auch die vorübergehend sinkende Zahl an politisch motivierten Straftaten im Bericht des Verfassungsschutzes nicht hinwegtäuschen. In der Statistik gibt es ein permanentes Auf- und Ab. Die Zahl der registrierten Straftaten aus dem linken Spektrum stieg von 55 im Jahr 2008 auf 241 im Jahr 2011 – das Jahr der Bürgerschaftswahlen. Für 2012 registrierte der Verfassungsschutz 82 Straftaten, davon 22 Gewaltdelikte. Ähnlich schlecht sieht es in der Bilanz der Rechtsextremisten aus. Die Zahl der ihnen zugerechneten Straftaten schwankte zwischen 138 im Jahr 2008 und 127 im Jahr 2012. Auf ihr Konto gingen im vergangenen Jahr vier Gewaltdelikte – das waren 18 weniger als linke Extremisten verübt haben.

Viel zu befürchten haben die Täter von der Justiz offenbar nicht. Die Polizei



## DAS THEMA

konnte nach dem Überfall auf die Waldbühne drei Tatverdächtige im Alter von 22, 25 und 27 Jahren festnehmen. Gegen sie wird wegen schweren Landfriedensbruchs ermittelt. Einer der Festgenommenen war der Polizei bereits wegen ähnlicher Taten einschlägig bekannt. Alle drei kamen sogleich wieder auf freien Fuß.

»Es ist offensichtlich, dass die Landesregierung bei der Bekämpfung von linker und rechter Gewalt mit zweierlei Maß misst«, sagt Wilhelm Hinners, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. »Hätten Rechtsradikale den Überfall auf die Waldbühne verübt, hätten SPD und Grüne Menschenketten gebildet und demonstriert. Jetzt schweigen sie den Vorfall einfach tot«, kritisiert er. Darüber dürfe auch nicht die Stellungnahme des Innensenators hinwegtäuschen, die der Senat erst verschickte, nach dem die CDU ihn dazu aufgefordert hatte. Darin hob zwar Mäurer das Recht der Versammlungsfreiheit hervor. Gleichzeitig rückte der Senator aber die AfD in die rechte Ecke. »Jede zur Wahl zugelassene Partei hat das Recht, Wahlkampf zu machen, auch wenn rechtspopulistische Botschaften für Demokraten nur schwer aushaltbar sind«, sagte Mäurer. Klingt mehr nach Wahlkampf denn nach einer ernsthaften Verurteilung des Überfalls mit verletzten Kindern. Un-

Mehrfach wurde das CDU-Haus mit Farbbeuteln beworfen. Im Januar 2012 sprengten Autonome ein Loch in die Eingangstür.  
Foto: Meister

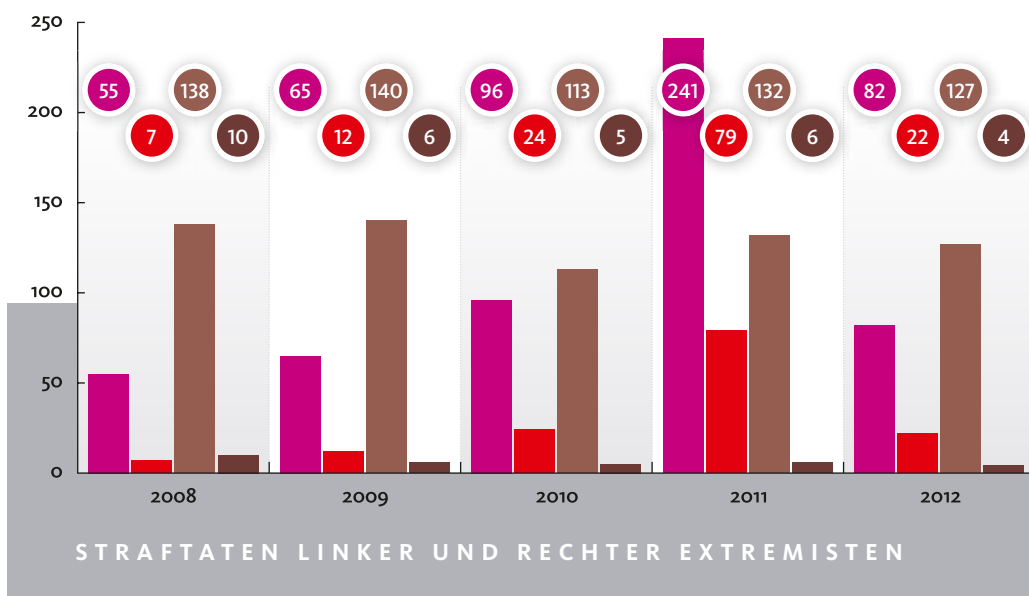


terschwellig schwingt in Mäurers Stellungnahme mit: rechte Gewalt ist schlimm, linke nur eine Bagatelle. Die Sprecherin des Senators stellte anschließend klar, dass die AfD nicht als rechtsextrem gilt.

Die CDU-Fraktion hat in der Bremischen Bürgerschaft mehrfach gefordert, linke Gewalt genauso zu bekämpfen wie Straftaten aus der rechtsradikalen Szene. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind jedoch auffallend schweigsam, wenn es um linke Gewalt geht. So auch nach dem Überfall auf die AfD. Eine Verurteilung der Tat oder ein Wort des Bedauerns, dass auch Kinder verletzt wurden?

Nichts. Es wirkt so, als würde die Koalition das Treiben der Extremisten tolerieren.

Wie selbstverständlich taucht auch die Partei Die Linke ab. Ihrem Zentralorgan »taz« war der Zwischenfall an der Waldbühne auf der Bremen-Seite der Ausgabe zunächst ein vergleichsweise kleiner Artikel wert. Einige Wochen später erfuhr der geneigte Leser, warum. Denn angeblich war der Angriff gar nicht so schlimm. Eine Bagatelle, könnte man nach der Lektüre des Artikels denken. Oder ziviler Ungehorsam. Mit diesem Begriff spielen SPD, Grüne und Linke Ausschreitungen der linken Szene gerne herunter. ✘



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Straftaten von linken und rechten Extremisten im Land Bremen. Das Jahr der Bürgerschaftswahlen sticht bei den linken Straftaten hervor. Die Bilanz der Rechten sieht nicht besser aus.

- linke Straftaten
- davon linke Gewaltdelikte
- rechte Straftaten
- davon rechte Gewaltdelikte





# DAS INTERVIEW

## »GEWALTTÄTIG UND UNDEMOKRATISCH«

**WILHELM HINNERS ERLÄUTERT, WIE ROT-GRÜN LINKE GEWALT IN BREMEN VERHARMLOST.**

**AUSGUCK:** Herr Hinners, ist der Senat bei der Bekämpfung von Extremismus wirklich auf dem linken Auge blind?

**WILHELM HINNERS:** Ja, der Eindruck drängt sich auf! Auf Antrag von Rot-Grün wird in der Bürgerschaft regelmäßig das Thema »Rechtsextremismus« aufgerufen. Dagegen hat es in den letzten Jahren von Rot-Grün keinen einzigen Antrag zum Thema »Linksextremismus« gegeben. Und die CDU-Anträge zu diesem Thema wurden alle abgelehnt!

**AUSGUCK:** Wie bewerten Sie die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über linke und rechte Gewalt in Bremen?

**WILHELM HINNERS:** In den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten werden detailliert die politisch motivierten Gewaltdelikte aufgelistet. Danach bewegt sich die »rechte Gewalt« seit 2007 auf relativ gleichem Niveau, zwischen 5 und 17 Delikten, während die »linke Gewalt« in diesem Zeitraum deutlich gestiegen ist – zwischen 7 und 79 Delikten!

**AUSGUCK:** Die taz schreibt, dass nach dem Überfall auf eine Parteiveranstal-



Für Wilhelm Hinners drängt sich der Eindruck auf, dass der Bremer Senat linke Gewalt verharmlost. Von Rot-Grün gibt es keinen einzigen Antrag zur Bekämpfung von Linksextremismus.

Foto: av

lung im Bürgerpark »lediglich« ein Festgenommener dem linken Spektrum zugeordnet werden konnte. Also alles halb so schlimm?

**WILHELM HINNERS:** Nein, keineswegs! Die Tatsache, dass unmittelbar nach der Tat von den ca. 20 Tatverdächtigen nur drei festgenommen werden konnten – von denen einer nach polizeilichem Hinweis dem linksautonomen Bereich zuzuordnen ist – zeigt doch, dass der Überfall organisiert durchgeführt worden ist. Die Ermittlungen und Zeugenbefragungen der Polizei laufen noch. Diese Aktion war keineswegs harmlos, sondern ausgesprochen gewalttätig und undemokratisch.

**AUSGUCK:** Sie fordern den Senat auf, gleiche Maßstäbe zur Bekämpfung von linker und rechter Gewalt anzulegen. Was meinen Sie damit konkret?

**WILHELM HINNERS:** Ein Beispiel: Der Senat fertigt regelmäßig Berichte zum Thema »Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus« im Land Bremen an. Ich habe in der Bürgerschaft in den letzten Jahren mehrfach gefordert, in diese Berichte auch den »Linksextremismus« mit aufzunehmen. Dies hat sowohl die rot-grüne Koalition als auch der Senat bisher abgelehnt. Angesichts der tatsächlichen Entwicklung in Bremen ist das für mich völlig unverständlich. ✘

**ausguck** | christdemokratisch · hanseatisch · unterhaltsam

Ein Magazin der  
CDU Bürgerschaftsfraktion im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen · T. 04 21 - 30 89 4 - 0 · F. 04 21 - 30 89 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):  
Dirk Hoffmann (Geschäftsführer der CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich  
Auflage: 8.000 Exemplare  
Layout: eyecon media-agentur, Am Rüten 6, 28357 Bremen, www.eyecon.eu  
Art Director: Jens Krummreich  
Titelbild: av

Fotos: Meister, av, Bilderbox  
Texte: Gunnar Meister (Fraktion), Thomas vom Bruch (Moment mal), Thorsten Raschen  
Druck: BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim  
Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

## IMPRESSUM



## AUS DER FRAKTION



### KRIMINELLE CLANS SIND DAS GRÖSSTE SICHERHEITSPROBLEM

**JEDES ZWEITE MITGLIED DER SO GENANNTEN »MIRIS« IST DER BREMER POLIZEI BEKANNT.**

Die Zahlen sind dramatisch: Innerhalb des ersten Halbjahres 2013 gingen 348 registrierte Straftaten auf das Konto krimineller Mhallamiye-Kurden, genannt »Miris«. Die Zahl der Delikte, die von Heranwachsenden des ethnischen Clans im Alter von 18 bis 21 Jahre begangen wurden, ist innerhalb von zwei Jahren um 60 Prozent gestiegen. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion hervor.

Den Mhallamiye gehören in Bremen 2.590 Mitglieder an, fast die Hälfte ist der Bremer Polizei bekannt. Die Miris stehen immer wieder im Zusammenhang mit Erpressungen, gefährlicher und schwerer Körperverletzung und Drogenhandel. Auch

Razzia bei den »Mongols«: Zu den Mitgliedern zählte die Polizei auch zahlreiche Mhallamiye. Sie lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit den »Hells Angels«.

Foto: Bahlo



in die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Mongols und Hells Angels sowie in den Überfall auf Bauarbeiter in der Neustadt waren sie verwickelt. »Die Kriminellen Clans stellen für die öffentliche Sicherheit in Bremen das größte Risiko dar«, sagt der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wilhelm Hinners. Er fordert die Justiz auf, konsequenter gegen Intensivtäter der Miris vorzugehen: »Das ist die Quittung für das Versagen rot-grüner In-

tegrationspolitik. Die Entwicklung zeigt, dass sich Teile des Clans nicht integrieren wollen. Sie treten unseren Rechtsstaat mit Füßen. In diesen Fällen helfen keine Sozialstunden mehr als Strafe.«

Für das Jahr 2012 rechnet die Bremer Polizei den Mhallamiye insgesamt 816 Straftaten und 404 Tatverdächtige zu. Hinners fordert zur Bekämpfung der Kriminalität eine gemeinsame Strategie der Ressorts Inneres, Justiz und Soziales. ✘

### NEUE VERNISSAGE



Abtauchen im Schokokuss.

Ausstellungen haben in den Fraktionsräumen der CDU Tradition. An diese Tradition knüpft die Vernissage »Miniverse – große Abenteuer, klitzekleine Leute« an. Der Künstler Uli Nottrodt fotografiert Eisenbahnmodellfiguren im Maßstab 1:87 in witzigen und skurrilen Miniaturwelten. Die Eröffnung findet statt am Freitag, 25.10.2013, um 18.30 Uhr im CDU-Haus (Am Wall 135, 28195 Bremen). Anmeldungen sind telefonisch möglich unter 0421 3089 448

### OGUZHAN YAZICI RÜCKT IN DIE FRAKTION AUF

**CDU BEGRÜSST ERSTEN ABGEORDNETEN MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND**



Oguzhan Yazici

Mitten in der laufenden Legislaturperiode begrüßt die CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft einen neuen Abgeordneten: Dr. Oguzhan Yazici ist für Elisabeth Motschmann nachgerückt, die ihr Mandat im Deutschen Bundestag angenommen hat.

Dr. Oguzhan Yazici ist 35 Jahre alt und wurde in Gelsenkirchen geboren. Er wird die CDU-Fraktion in den Bereichen Sozialpolitik und innere Sicherheit verstärken. Oguzhan Yazici ist Jurist und hat im Fach Strafrecht und Kriminologie promoviert. Yazici war lange Zeit Mediator im Verein Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e. V. Speziell die Bekämpfung der Jugendkriminalität liegt ihm am Herzen. Als Grundlage dafür nennt er gute Bildung sowie die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe. Einerseits müsse das Jugendstrafrecht besonders bei Wiederholungstätern konsequent angewendet werden. Andererseits sieht er die Kriminalitätsbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dr. Yazici: »Wer in einer Ausbildung beschäftigt ist, begeht weniger Straftaten. Kriminalprävention setzt deshalb auch auf die verantwortliche Beteiligung der Privatwirtschaft und auf bürgerliches Engagement. ✘





EINE BETRACHTUNG VON  
DR. THOMAS VOM BRUCH,  
STV. VORSITZENDER DER CDU-FRAKTION

MOMENT MAL

## BUNDESWEHR GEHÖRT IN DIE MITTE DER GESELLSCHAFT

LEHRERGEWERKSCHAFT GEW WOLLTE  
DEN AUFTRITT DER SOLDATEN BEI  
EINER BERUFSMESSE VERBIETEN

Eine Stellungnahme der GEW zur Teilnahme der Bundeswehr an einer Berufsfindungsmesse am Kippenberg-Gymnasium hat eine eigentlich überwunden geglaubte Diskussion wiederbelebt: Wie und in welchem Rahmen soll sich die Bundeswehr öffentlich – auch an Schulen – darstellen?

Die GEW erweckt den Eindruck, als wolle sie die Bundeswehr am liebsten hinter Kasernenmauern verstecken. Und das offensichtlich mit Argumenten aus der ideologischen Mottenkiste. Dazu politisch »recycelte«, aber längst überkommene Ressentiments, bedienen einen billigen Populismus und haben mit der Realität der Bundeswehr im Jahre 2013 nichts zu tun. Diese nimmt vielmehr für die Allgemeinheit fundamental wichtige und unverzichtbare Aufgaben wahr, übrigens nicht nur in den Auslandseinsätzen, sondern auch – wie jüngst wieder erforderlich – in der Katastrophenhilfe ganz konkret für die Menschen in unserem Land. Aufträge, die ihr Parlament und Gesetzgeber übertragen haben, die zur Wirklichkeit gehören und die (ab einem bestimmten Alter) deshalb auch in die Schule gehören. Dieses gegenüber unseren Schülerinnen und Schülern im Dialog zu vertreten, ist nicht nur legitimes Anliegen der Bundeswehr, es muss geradezu in unserem allgemeinen Interesse liegen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Jugendoffiziere, deren bewährte Tätigkeit bezeichnender Weise immer wieder von den »Linken« kritisiert wird: Eine unheilige politische Seelenverwandtschaft?

Nach der Abschaffung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr neue Wege der Nachwuchsgewinnung gehen. Sie hat deshalb ein ganz nachvollziehbares Interesse daran, die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten, die sie bieten kann, im Rahmen der von allen gewollten Berufsorientierung an unseren Schulen darzustellen. Dazu müssen alle Facetten des Berufsbildes zur Sprache kommen, offen, aber auch ideologisch unverkrampft. Vorurteile helfen genauso wenig wie Pathos. Es wäre deshalb an der Zeit, auch bei der GEW rhetorisch und ideologisch »abzurüs-



Appell der Bundeswehr:  
Die Truppe sucht nach der  
Abschaffung der Wehr-  
pflicht Nachwuchs.  
Dr. Thomas vom Bruch (o.)  
befürwortet, dass Solda-  
ten an Schulen über ihren  
Beruf informieren.  
Fotos: Bilderbox, av

ten« und diesbezüglich endlich in der Gegenwart anzukommen.

Die Bundeswehr ist heute eine Armee der Staatsbürger und immer häufiger auch der Staatsbürgerinnen. Ihre Aufgaben nehmen zunächst Berufs- und Zeitsoldaten sowie freiwillig Wehrdienstleistende wahr. Nach einer drastischen Reduzierung ihres Personalumfangs, ist der Dienst von Reservisten in der Bundeswehr von zunehmender Bedeutung, die ehrenamtlich tätig sind und in Bremen die bundesweit erste »Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanie« gebildet haben. Diese Einheit hatte bei den jüngsten Hochwasserereignissen im Zuge der Elbe ihren ersten Einsatz und nicht nur dafür breite Anerkennung erhalten: Reservisten beteiligen sich an vielen gemeinwohlorientierten Aktivitäten in unserem Bundesland. Soldaten und Reservisten werden die Äußerungen der GEW insbesondere auch vor diesem Hintergrund zu Recht als Instinkt- und Respektlosigkeit empfinden, wo eigentlich Unterstützung und Wertschätzung angezeigt wären.

Die von der GEW losgetretene Debatte ist in Wahrheit eine Symboldiskussion mit immer dem gleichen politischen Grundtenor. Sie folgt einer Strategie beständiger Nadelstiche. Vielen geht es hintergründig darum, die Bundeswehr und unsere sicherheitspolitischen Grundsätze am Ende in Gänze infrage zu stellen. Diesem wird die CDU-Fraktion in Bremen auch zukünftig offensiv und entschieden entgegenzutreten. ✕

77648

Postvertriebsstück

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt

ausguck

CDU Bürgerschaftsfraktion

Am Wall 135

28195 Bremen

AUS BREMERHAVEN



Die Fernzüge der Deutschen Bahn sollen bald wieder die Seestadt ansteuern – bis 2001 war dies der Fall. Foto: Bilderbox

## ICE-ZÜGE SOLLEN IN BREMERHAVEN HALTEN

Die ICE-Züge der Deutschen Bahn sollen künftig wieder Bremerhaven ansteuern. Das fordert der CDU-Abgeordnete Erwin Knäpper. Sowohl der Bremer Senat als auch der Bremerhavener Magistrat sollen sich vor der Festschreibung des Verkehrswegeplans 2015 für die Fernverbindung einsetzen. »Der florierende Tourismus, die Bedeutung der Stadt im Schiffbau, in der Windkraftbranche sowie in der Forschung und Wissenschaft rechtfertigen längst, dass Fernreisende Bremerhaven erreichen können, ohne auf Regionalzüge umsteigen zu müssen«, sagt Knäpper. Er erinnert daran, dass bis zum Jahr 2001 eine ICE-Anbindung für Bremerhaven bestand. »Was damals möglich war, sollte auch in Zukunft wieder funktionieren«, so Knäpper. ✘

## SPD NUN AUCH GEGEN STRASSEN-PROSTITUTION IN BREMERHAVEN

Zwangsprostitution, Gewalt gegen Prostituierte, Menschenhandel, Drogenkonsum, Drogenhandel, Begleitkriminalität, nächtelanger Lärm durch herumfahrende Autos, benutzte Kondome und andere Hinterlassenschaften der Freier. Das sind die negativen Begleitumstände der in Bremerhaven bisher nicht verbotenen Straßenprostitution. Besonders stark betroffen sind die Anwohner und Kleingärtner der Bremerhavener Van-Heuklum-Straße. Die CDU-Stadtverordnetenfraktion setzt sich daher bereits seit Jahren für eine Sperrbezirksregelung und ein Verbot der Straßenprostitution ein, wie es sie in vielen anderen Städten, unter anderem in Bremen, gibt.

Größter Fürsprecher der Straßenprostitution in Bremerhaven bisher: die SPD-Stadtverordneten. Über Jahre haben sie die tatsächlichen Probleme klein geredet und Bedenken und Warnungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ignoriert. Thorsten Raschen, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion ärgert sich: »Noch vor wenigen Wochen haben die SPD Stadtverordnete Kirschstein-Klingner und Stadträtin Lückert eine Sperrbezirksregelung und das Aus des Straßenstrichs



Thorsten Raschen

Foto: av

bei einer Veranstaltung der Kleingärtner und Gewerbetreibenden in diesem Bereich kategorisch abgelehnt. Beim Runden Tisch wurde nur akzeptiert, was den Fortbestand des Straßenstrichs nicht infrage stellte. Man wollte mit Dixi-Klos den Auswüchsen des Straßenstrichs begegnen. Für die Interessen der betroffenen Anlieger hatte die SPD in der Vergangenheit kein Verständnis«

Nun scheint die SPD auf die Forderung der CDU einzugehen, jedenfalls hat sie dies medienwirksam verkündet. Wie ernst dieser Sinneswandel ist, wird sich Anfang November zeigen. »In der Stadtverordnetenversammlung wird ein Antrag der CDU-Fraktion zum Verbot der Straßenprostitution und Festlegung eines Sperrbezirkes in Bremerhaven beraten. Ich erwarte, dass die SPD ihren Worten Taten folgen lässt und unserem Antrag zustimmt,« erklärte Thorsten Raschen. ✘